Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

23.02.1987 - Drucksache 11/852

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/852
23. 02. 87

Antrag der Fraktion der SPD

Beziehungen Bremen—Südafrika

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, daß die Bundesrepublik Deutschland durch die grundsätzlich ablehnende Haltung der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages in bezug auf Sanktionen gegenüber Südafrika inzwischen weitgehend isoliert ist. Sie trägt bei den meisten Regierungen der Vereinten Nationen, der Blockfreien-Bewegung und insbesondere den Staaten Afrikas mit ihrer indirekten Förderung der Apartheid-Politik zu einem unerträglichen Verlust an Glaubwürdigkeit deutscher Politik bei.

Nachdem auch der amerikanische Kongreß mit überwältigender Mehrheit ein entsprechendes Sanktionsgesetz gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten durchgesetzt hat, ist eventuellen bündnispolitischen Fragen der Boden entzogen worden. Durch diese Entscheidung des amerikanischen Kongresses ergibt sich die Notwendigkeit der Bewahrung der dem atlantischen Bündnis zugrunde liegenden demokratischen Wertvorstellungen. Sie verpflichtet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte in besonderer Weise zur Sensibilität gegenüber rassischer Unterdrückung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt mit Betroffenheit fest, daß die Mehrheit des Bundestages eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zur Unterstützung der Entscheidung des amerikanischen Kongresses abgelehnt hat. Sollten sich Bundesregierung und Bundestag weiterhin außerstande sehen, der internationalen Entwicklung beizutreten, besteht grundsätzlich die Gefahr, daß Sanktionsbeschlüsse anderer Staaten, insbesondere auch der USA, durch Übernahme der entsprechenden Geschäftsverbindungen unterlaufen werden.

Entsprechende Erfahrungen im Bereich der Kreditvergabe an Südafrika, bei der frühere amerikanische Anteile durch bundesdeutsche Banken übernommen wurden, haben international in erheblichem Maße zur Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland in der Welt beigetragen.

2. Vor dem Hintergrund der enttäuschenden Haltung von Bundesregierung und Bundestagsmehrheit unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) den Senat bei seinen Bemühungen um eine gemeinsame Südafrika-Initiative im Deutschen Bundesrat.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt darüber hinaus konkrete Maßnahmen in Bremen, insbesondere daß

- die Stadtwerke Bremen seit 1985 auf den Import südafrikanischer Kohle für ihre Kraftwerke verzichten,
- die Sparkasse in Bremen keine südafrikanischen Krügerrand mehr verkauft,
- der Senat Gespräche und Kontakte mit den südafrikanischen Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO geführt und seit 1982 den Flüchtlingslagern des ANC materielle Hilfe gewährt hat,
- Senat und Universität Bremen das Namibia-Institut der Vereinten Nationen in Lusaka seit 1980 mit Förderung der Europäischen Kommission bei der Erstellung neuer Schulbücher zusammen mit der SWAPO unterstützt haben.

Der Senat wird gebeten, bis zur Durchführung von bundeseinheitlichen Maßnahmen weiterhin auf die anderen Bundesländer einzuwirken, in gleicher Weise tätig zu werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ferner, daß der Senat Initiativen ergriffen hat, um mit den Nordseehäfen über koordinierte Boykottmaßnahmen gegenüber Südafrika zu beraten.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die zwischen Bremen und Südafrika bestehenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen darzustellen und Möglichkeiten zur Unterbrechung dieser Beziehungen zu untersuchen. Dabei sollen insbesondere folgende Probleme behandelt werden:

— Prüfung der Frage, ob bei Firmen, an denen Bremen als Anteilseigner beteiligt ist, ein Handelsembargo und die Unterbrechung der Beziehungen zu Südafrika möglich sind.

— Prüfung von politischen Möglichkeiten, um bremische Firmen zu einem Wirtschaftsboykott gegenüber Südafrika zu bewegen.

— Eröffnung von mittel- und langfristigen Perspektiven von Entwicklungs- und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich des südlichen Afrikas (SADCC).

— Klärung, welche Möglichkeiten bestehen, auf die anderen Bundesländer einzuwirken, damit verstärkt Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit den SADCC-Staaten zur Verfügung gestellt werden.

— Aussetzung von diplomatischen Gepflogenheiten wie Einladungen zu Senatsempfängen gegenüber dem Konsul Südafrikas, solange die rassistische Regierung Südafrikas die schwarze Bevölkerungsmehrheit mit dem Ausnahmezustand verfolgt.

— Weiteres Bemühen um ein gemeinsames Vorgehen der Nordseeanrainer-Hafenstädte und -länder in bezug auf Ein- und Ausfuhrstopps bestimmter Güter von und nach Südafrika.

— Erstellung einer Broschüre, die die Bedeutung von Namen und Einrichtungen mit kolonialer Vergangenheit in Bremen darstellen und insbesondere bei aufklärendem Schulunterricht und Informationsveranstaltungen Verwendung finden soll (ggf. auch Erstellung von Unterrichtseinheiten).

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert Freiheit für Nelson Mandela, der wegen seines Eintretens für den ANC seit Jahrzehnten eingekerkert ist. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, soll Nelson Mandela von der Stadt Bremen mit einem Senatspreis ausgezeichnet werden. Der Senatspreis soll eine Auszeichnung für Menschen darstellen, die sich im Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus hervorgetan haben. Er soll darüber hinaus ein Stück Auseinandersetzung mit Bremens kolonialistischer Vergangenheit sein.

Schmurr, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen